

Der Vorsitzende

ASM • Prof. Starbatty • Mohlstr. 26 • 72074 Tübingen

**Persönlich**

Herrn Dr. Wolfgang Schäuble  
Bundesfinanzminister  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin

Wolfgang.schaeuble@bmf.bund.de

**Aktionsgemeinschaft  
Soziale Marktwirtschaft e.V.**  
Mohlstrasse 26  
72074 Tübingen  
Telefon 0 70 71 - 55 06 00  
Telefax 0 70 71 - 55 06 01  
joachimstarbatty@asm-ev.de  
www.asm-ev.de

Tübingen, 22. März 2011

**Kommentar zu Ihrem Interview in der SZ vom 19.3.2011**

Sehr geehrter Herr Finanzminister, lieber Herr Schäuble,

natürlich verfolge ich sorgfältig Ihre Worte und Taten zur Europäischen Union, nicht nur weil Sie neben der Bundeskanzlerin der wichtigste Minister sind, sondern weil mir Europa genau so am Herzen liegt wie Ihnen. Ich bin zwei Jahre älter als Sie und habe als Student und Assistent von Alfred Müller-Armack, der ja noch die Römischen Verträge mitverhandelte, die Anfänge der Europäischen Integration in Brüssel, Straßburg und Luxemburg mit wachen Augen und Sympathie verfolgt. Aus dieser Perspektive kommentiere ich zentrale Sachaussagen Ihres Interviews in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 19.3.2011.

Schäuble: Hätten wir die EU und den Euro nicht, hätte uns die Finanz- und Wirtschaftskrise noch viel härter getroffen als ohnehin schon.

Dies ist eine Ihrer zentralen Thesen. Eine Begründung dafür habe ich bisher noch nicht gesehen. Wären uns sonst die Wechselkurse um die Ohren geflogen? Wenn es nicht den Euro und stattdessen das Vorgänger-Regime, das Europäische Währungssystem, gegeben hätte, so hätten sich zuvor schon Anpassungsprozesse auf den Devisenmärkten vollzogen, wie wir es bis dato immer erlebt haben. Auch wäre die Verschuldung der sogenannten PIIGS-Staaten geringer ausgefallen, und deren Wettbewerbsfähigkeit hätte weniger gelitten.



Schäuble: Je komplizierter die Dinge auf der Welt werden, desto wichtiger ist es, dass wir Europäer zusammenstehen. Schauen Sie doch jetzt nur nach Japan.

Wieso sind Länder außerhalb der Euro-Zone von den schrecklichen Ereignissen, die uns wirtschaftlich und menschlich erschüttern, stärker betroffen?

Schäuble: Schon der Begriff „Opfer bringen“ ist falsch. Wir verschwenden keine deutschen Steuergelder für irgendwen auf der Welt, sondern wir investieren in die Zukunft Deutschlands.

Was ist hier mit Investition gemeint? Investitionen in die humane und materielle Infrastruktur?

*SZ: Dass diese Investition aber einmal solche Ausmaße annehmen würde, hätten Sie vor 20 Jahren, als erstmals über eine Währungsunion diskutiert wurde, wohl selbst nicht gedacht – oder?*

Schäuble: Richtig, das konnten wir nicht voraussehen.

Wer die Diskussion um die Auslegung der Konvergenzkriterien und um kreative Buchführung – nicht nur in Griechenland – verfolgte, konnte wissen, dass die Euro-Zone wegen der gegenläufigen Entwicklung der nationalen Leistungsfähigkeit nicht zu einer Stabilitätsgemeinschaft tendierte, sondern zu einer Transferunion. Solange das Wechselkursventil verstopft ist, muss es zwangsläufig dahin kommen. Sie selbst haben ja vor Jahresfrist gesagt, dass den Griechen am besten geholfen sei, wenn sie abwerten könnten. Dann würde auch das internationale Kapital wieder zurückkehren.

Schäuble: Aber was wir in der Tat nicht vorhersehen konnten, sind die wirtschaftlichen Ansteckungsgefahren, die durch die immer stärkere ökonomische und technologische Verflechtung in der Welt enorm gestiegen sind.

Welche wirtschaftlichen Ansteckungsgefahren meinen Sie? Alle wissen, dass ein Riss durch die Euro-Zone geht – auf der einen Seite die sechs „Triple A-Staaten“, auf der anderen Seite die PIIGS. Gefährdet sind die Länder, die die von Deutschland eingebrachte Euro-Dividende, die niedrigen Zinsen, nicht zur Sanierung ihrer Volkswirtschaften genutzt haben, sondern sich zu exzessivem privaten und öffentlichen Konsum, zu Spekulationen auf dem Immobilienmarkt und zu großzügigen Lohnabschlüssen verleiten ließen.



*SZ: Ein zentrales Charakteristikum der EU war immer, dass man zwar politisch füreinander einsteht, nicht aber finanziell. Jetzt aber wird ein dauerhafter Schutzschild aufgespannt.*

Schäuble: Das ist eine notwendige Reaktion auf die eben beschriebenen Veränderungen in der Welt.

Der Schutzschirm hat nichts mit der weltwirtschaftlichen Entwicklung zu tun, sondern soll den betroffenen Staaten helfen, mit den hausgemachten Schwierigkeiten fertig zu werden.

Schäuble: Betroffene Euro-Länder müssen strenge Programme mit umfangreichen Sparmaßnahmen und Strukturreformen durchführen. Die Bedingungen sind so hart, dass sich ja mancher mit Händen und Füßen dagegen wehrt, unter den Schirm zu gehen.

Wenn die den Ländern auferlegten Austerity-Programme wirklich in voller Schärfe umgesetzt werden, dann werden sie die Rezession dort vertiefen. Die Rating-Agenturen stufen die Kreditwürdigkeit dieser Länder genau deswegen herunter:

- (1) Sie sehen keine wirtschaftliche Erholung in diesen Ländern und daher auch keine daraus resultierende höhere steuerliche Ergiebigkeit.
- (2) Die von den verschiedenen Immobilienblasen infizierten Aktiva belasten weiterhin das Bankensystem dort.
- (3) Diese Länder haben wegen der vermeintlich guten Konjunktur (Immobilienboom) nicht in Exportindustrien investiert, die jetzt mittels Überschüssen in der Leistungsbilanz zum Schuldendienst beitragen könnten.

*SZ: Der ESM, der neue dauerhafte Schutzschirm, ist in der Tat mit Reformverpflichtungen verknüpft, aber es geht ein zentrales Problem nicht an: Die Euro-Staaten verschulden sich weiter viel zu hoch und ihre privaten Gläubiger, als Banken, Versicherungen und Investmentfonds, kassieren ohne jedes Risiko hohe Zinsen – weil die Länder ja im Zweifel von den Partnern rausgepaukt werden.*

Schäuble: Das stimmt doch gar nicht. Zum einen vergessen Sie den Stabilitätspakt, den wir kürzlich erst deutlich verschärft haben, um die Haushaltspolitik der Euro-Staaten strenger überwachen zu können. Und zweitens sieht der ESM ab Mitte 2013 erstmals vor, dass die privaten Gläubiger zur Kasse gebeten werden, wenn ein Land wirklich nicht mehr in der Lage ist, seine Zinsen zu bezahlen. So haben wir das ganz klar beschlossen.



Auf dem berühmten Strandspaziergang in Deauville am 25. Oktober 2010 ist die Idee automatischer Sanktionen bei exzessiven Haushaltsdefiziten endgültig begraben worden. Was es jetzt gibt, ist das von Frankreich gewollte automatische Sanktionsverfahren. Neu ist, dass die Entscheidungsprozedur für Sünder härter geworden ist. Nach all den bisher gezeigten Interpretationskünsten bei den Artikeln 122, 123 und 125 Lissabon-Vertrag habe ich den Kinderglauben verloren, dass tatsächlich Sanktionen verhängt werden.

*SZ: EZB-Präsident Trichet leistet aber Widerstand. Er sorgt sich, dass schon die Debatte darüber, dass die privaten Finanziere Geld verlieren könnten, den nächsten Finanzcrash provoziert.*

Schäuble: Unsinn! Den Marktteilnehmern ist doch längst klar, dass es ab 2013 zu einer Kostenbeteiligung privater Gläubiger kommen kann.

Wenn hinter Umschuldungsverfahren – und hiervon sprechen Sie doch – der ESM steht und damit die Steuerzahler aus den sechs „Triple A-Staaten“, dann werden die betroffenen Gläubigerbanken wieder ihre Arme heben und rufen: „Wir sind ein systemisches Risiko.“ Jede Umschuldung wird dann auf die jeweilige Bankenkonstellation Rücksicht nehmen. Jede andere Annahme wäre weltfremd.

Schäuble: Was wir nicht tun dürfen, ist unterschiedliche Botschaften zu senden. Dann nämlich verlieren die Märkte das Vertrauen in uns alle.

Natürlich. Aber wenn es ein geschlossenes und stimmiges Sanierungskonzept gäbe, bliebe auch die Kakophonie aus.

Schäuble: Transferunion ist doch ein Kampfbegriff, der in die Irre führt! Das klingt nach Steuerverschwendung, nach Hochverrat.

Damit geben Sie zu, dass wir auf eine Transferunion zusteuern, nur dass die Menschen davon eine falsche Vorstellung haben. Damit wird die Entwicklung zur Transferunion zu einem „Kommunikationsproblem“ reduziert.

Schäuble: Lassen Sie uns den Menschen doch lieber sagen, worum es wirklich geht: Wir brauchen einen Mix aus Anreizen und Zwang, dass jeder vernünftig wirtschaftet und sich um seine Wettbewerbsfähigkeit kümmert.



Genau diese normativen Sätze sind in der entscheidenden Debatte im Bundestag und Bundesrat am 23./24. April 1998 immer wieder beschworen worden. Als damaliger Fraktionsvorsitzender werden Ihnen diese Worte noch jetzt in den Ohren klingen. Wir wissen jetzt, dass das genaue Gegenteil eingetreten ist.

Schäuble: Aber wir müssen auch Ansteckungsgefahr minimieren und den Euro im Zweifel rasch und entschlossen verteidigen können.

Es geht doch gar nicht um den Euro und um die angebliche Ansteckungsgefahr. Es geht darum, dass in der Euro-Zone einige Partner versammelt sind, die überschuldet und international nicht wettbewerbsfähig sind.

Schäuble: Parallel kommen wir den Kollegen entgegen, indem wir unsere Kreditzinsen um einen ganzen Punkt senken und die Rückzahlung strecken. Lassen Sie uns einmal abwarten, ob das nicht doch reicht.

*SZ: Und wenn nicht?*

Schäuble: Dann muss die griechische Regierung neu nachdenken.

Die griechische Schuldenlast ist spätestens im Jahre 2015 bei 160% des Bruttoinlandsprodukts angelangt. Sicher, die japanische Verschuldung ist weit höher, doch sind die Zinsen dort verschwindend gering. Nach verschiedenen Rechnungen muss Griechenland – Jahr für Jahr – einen Primärüberschuss von ca. 10% im zentralen Haushalt erwirtschaften, allein um den Zinsendienst leisten zu können. Jeder verantwortliche Finanzminister muss sich fragen, wie lange ein Volk solche Opfer durchhalten kann.

Schäuble: Auch im Falle Irlands sind wir zu Gesprächen bereit, zumal ja dort gerade eine neue Regierung ins Amt gekommen ist. Allerdings gilt hier: Wer einen gerade erst geschlossenen Vertrag verändern will, der muss sich auch selbst bewegen. Es macht keinen Sinn zu helfen, wenn nicht gleichzeitig die Ursachen der Probleme beseitigt werden.

*SZ: Das heißt im Klartext: Einen Zinsnachlass gibt es nur, wenn die Iren ihren unverschämt niedrigen Körperschaftssteuersatz anheben?*

Schäuble: Mit diesem Steuersatz hat Irland Banken aus aller Welt nach Dublin gelockt – jene Banken, die das Land jetzt in diese Schwierigkeiten gestürzt haben.



Nicht der niedrige Körperschaftssteuersatz ist an der irischen Bankenkatastrophe schuld, sondern die mit Billigsgeld (Realzinsen unter 0%) finanzierte Immobilienblase – mit maßgeblicher Unterstützung durch deutsche Banken.

*SZ: Ihr Vorgänger Peter Steinbrück regt an, dass Länder, die trotz aller Bemühungen auf keinen grünen Zweig kommen, die Währungsunion vorübergehend verlassen. Wäre das keine Lösung?*

Schäuble: Ich habe gelesen, was mein Vorgänger in der *Süddeutschen Zeitung* gesagt hat. Ich habe allerdings noch keinen gefunden, der mir erklären konnte, wie das in der Praxis funktionieren soll.

Ein Austritt aus der Euro-Zone ist schwierig zu bewältigen. Da bräuchte man schon ein ganzes Klausurwochenende, um eine Lösung zu skizzieren. Es gibt hier zwei grundsätzliche Problemfelder: Wie reagieren die Märkte auf die Rückkehr zur nationalen Währung und welche Arbitrageprozesse laufen dort ab. Auf den Devisenmärkten käme es wahrscheinlich zu Overshooting-Effekten, wie auch nach dem Platzen der Südostasien-Blase. Aber heute haben diese Länder ihre damaligen Probleme glänzend überwunden und sind geachtete Mitspieler im internationalen Globalisierungskonzert. Was die Arbitrageprozesse angeht, so werden die cleveren Griechen bereits Vorsorge getroffen haben. Bleibt die Umschuldung. Wenn hier Griechenland geholfen wird, wäre das finanzielle Ende absehbar. Bei einem überschuldeten, auch in Zukunft nicht konkurrenzfähigen Mitglied der Euro-Zone gäbe es dagegen kein Ende der finanziellen Zahlungen.

Sehr geehrter Herr Finanzminister, mir liegt Europa genauso am Herzen wie Ihnen; daher bemühe ich mich nach Kräften darum, dass Europa nicht entgleist. Allerdings muss ich zugeben, dass ich mir manchmal wie Don Quichotte vorkomme. Doch will ich den Kampf um ein Europa der Freiheit und ökonomischen Vernunft nicht aufgeben. Es ist falsch, die Prinzipien der Demokratie und der Subsidiarität zu opfern, nur um den Euro retten zu wollen, ohne ihn wirklich retten zu können.

Ich weiß, dass Ihr politisches Engagement Sie übermäßig beansprucht, gleichwohl würde ich mich über eine Antwort von Ihnen freuen. Wenn man es recht betrachtet, darf ich das als europäischer Bürger und Steuerzahler sogar erwarten.



Ich wünsche Ihnen von Herzen persönlich alles Gute. Uns Bürgern in Europa wünsche ich Politiker, die die Weitsicht und Tatkraft besitzen, uns ein Europa der Freiheit, der Demokratie und der Subsidiarität zu bewahren.

Für Ihre verantwortungsvolle Tätigkeit wünsche ich Ihnen und uns alles Gute

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Joachim Starbatty', written in a cursive style.

Joachim Starbatty

Ich habe mir erlaubt, diesen Kommentar auch Ihren Interviewpartnern von der Süddeutschen Zeitung zuzuleiten.